

Die Nationalliberalen und ihr Wahlaufruf.

Der Wahlaufruf der nationalliberalen Partei ist nunmehr in beglaubigter Fassung und mit zahlreichen Unterschriften von Parteigenossen der Oeffentlichkeit übergeben worden: der Inhalt desselben entspricht in allem Wesentlichen den vorgängigen Mittheilungen.

Einigermaßen überraschend und bemerkenswerth ist die Art und Weise, wie das Berliner Hauptblatt der Partei den Wahlaufruf einführt. Dasselbe hebt in erster Linie hervor: der Wahlaufruf verühre sich in manchen Punkten mit demjenigen der freikonservativen Partei und stehe in manchen Punkten sogar demjenigen der neukonservativen Partei nicht allzufern: es seien Versuche angestellt worden, eine Gedankenharmonie der drei Aufrufe herzustellen, und sie seien hie und da nicht zurückzuweisen. An anderen Punkten, namentlich betreffs der zweijährigen Budgetperioden, trete freilich der Unterschied stark hervor (also betreffs eines Punktes, über welchen einige der bedeutendsten Parteiorgane sich ganz anders als der Aufruf ausgesprochen haben).

Dieses Bestreben, die theilweise Gedankenharmonie mit den Freikonservativen, ja »sogar« mit der neukonservativen Partei in den Vordergrund zu stellen, muß in der That überraschen, nachdem in den letzten Wochen und Monaten an derselben Stelle als die Aufgabe aller vereinigten liberalen Parteien fort und fort die Bekämpfung des »Gespenstes der Reaktion« hingestellt worden war, welches in dem angeblichen »Bunde« der Konservativen aller Schattirungen mit dem Centrum »greifbar und leibhaftig« Gestalt gewonnen habe, und nachdem als Träger dieser vermeintlichen Reaktion jeder Zeit auch die Männer der »neukonservativen« Partei bezeichnet worden waren, welche ja allerdings die Regierungspolitik gerade auch in den jüngsten von den Nationalliberalen so maßlos angegriffenen Phasen thatkräftig unterstützt haben und nach ihren neuesten Kundgebungen entschlossen sind, »die im Reiche angebahnte Reform in Preußen weiter durchzuführen und nutzbar zu machen.«

Das nationalliberale Organ erklärt jene »Gedankenharmonie« gleichsam als einen Nachhall aus dem früheren jahrelangen Zusammengehen zu »gemeinschaftlichem positiven Schaffen«, während jetzt die Hoffnung auf die Möglichkeit gemeinsamen Wirkens in weite Ferne verschoben sei. In dieser Ideenverbindung wird man kaum zu dem Schlusse kommen, daß die in Rede stehenden konservativen Bestrebungen wirklich die Schuld an dem Aufhören jener Möglichkeit tragen, denn die konservativen Aufrufe beschäftigen sich ja nicht mit dem Rückblick auf früheres Wirken und Schaffen, sondern mit der Ankündigung des weiteren Wollens und Strebens, — und wenn in diesen Ankündigungen für die Zukunft in Wahrheit jene »Gedankenharmonie« vorhanden sein sollte, wenn der Unterschied namentlich nur in Punkten wie die Frage von der zweijährigen Budgetperiode zu finden wäre, — so ist jedenfalls der schroffe Ton, in welchem die Organe der nationalliberalen Partei sich gegen die angeblich in Aussicht stehende Reaktionspolitik seit Monaten ergehen, völlig ungerechtfertigt.

Angesichts eines nationalliberalen Wahlaufrufs, welcher angeblich in so mannichfacher Konkordanz (Ubereinstimmung) mit den Programmen zweier konservativer Fraktionen steht, — drängt sich die Ueberzeugung auf, daß entweder der Lärm über die drohende konservative Reaktion nicht ernst gemeint sein konnte, oder daß der liberale Wahlaufruf aus Gründen der Vorsicht die wirkliche Stimmung und Stellung der Partei nicht zum vollen Ausdruck bringt, vielmehr zu verhüllen sucht.

Bei den Kundgebungen der Parteien für die Wahlen kommt es ja nicht bloß auf die Stellung derselben zu einzelnen Fragen der Gesetzgebung an, sondern weit mehr noch auf das Maß der Bereitwilligkeit zum Zusammenwirken mit der bestehenden Regierung, — daher auf das Maß des Vertrauens zu derselben und auf die Geneigtheit, dieses Vertrauen zu einem lebendigen und wirksamen Faktor in den gegenseitigen Beziehungen werden zu lassen.

In dieser Beziehung weicht allerdings bei aller vermeintlichen Gedankenharmonie die »Klangfarbe« des nationalliberalen Aufrufs weit ab, nicht bloß von den konservativen Kundgebungen, sondern auch von früheren Programmen der nationalliberalen Partei selbst: zwischen den Zeilen klingt überall der Ton des Mißtrauens gegen das Streben der Regierung hindurch.

Und doch ist dieser Ton bedeutend gedämpft im Vergleich mit den Aeußerungen bitteren Unmuths und schwerster Verdächtigung gegen die Regierung, welche seit langer Zeit in den Organen der Partei erklingen sind.

Bei der Aufstellung des Wahlaufrufs kam es offenbar darauf an, den allseits erschütterten Glauben an die innere Einigkeit der Partei noch einmal künstlich zu beleben. Die Gegner sollten erkennen, »was es mit dem so laut verkündeten Zerfall der nationalliberalen Partei auf sich habe,« sagt die »National-Zeitung«, welche jedoch ihrerseits schon vor Monaten eingestanden hatte, daß die Fraktion »in ihren Grundlagen erschüttert« sei, — daß unter dem Einfluß der Wirthschaftsfrage der »Anfangs kaum bemerkbare Riß sich immer mehr ausweitete habe.«

Dieser Riß konnte nur dann verdeckt, die große Zahl gemäßigter Mitglieder konnte in dem alten Verband einstweilen nur festgehalten werden, wenn der zu schärferer Opposition neigende Theil der Partei auf die lebhaftere Betonung des Gegensatzes in dem Aufrufe verzichtete. Vorweg hatten die Hannoverischen Nationalliberalen, welche von jeher zur gemäßigteren Seite der Partei gehört hatten, einen Aufruf erlassen, welcher erkennen ließ, daß sie weit davon entfernt seien, in den fortschrittlich demagogischen Ton der leitenden Presse einzustimmen. Ueberdies wird die Umschau der Parteigenossen in den Wahlkreisen der Ueberzeugung mehr und mehr Eingang verschafft haben, daß eine offene Hervorkehrung des Gegensatzes gegen die Regierung auch in den Kreisen des »freisinnigen deutschen Bürgerthums« schwerlich auf großen Erfolg zu rechnen habe.

Sollte es daher gelingen, eine annähernd gemeinsame Kundgebung der Partei zu Stande zu bringen, so mußte der sonst so erregte und herausfordernde Ton bedeutend herabgestimmt werden: es durfte Nichts an die demagogischen Phrasen erinnern, mit welchen man seit dem »Städtetage« das liberale deutsche Bürgerthum zu einer neuen entschiedenen Oppositionspartei zu sammeln versucht hatte, Nichts an die früher verkündete Gemeinschaft mit der Fortschrittspartei, deren Hauptagitator von der Rednerbühne wie in seinen Flugschriften das Stichwort »Fort mit Bismarck« ausgegeben hatte, Nichts an die Reden einzelner Nationalliberaler, z. B. eines schlesischen Abgeordneten, welcher vor seinen Wählern verkündete: »Der Mann, welcher (durch die neue Wirthschaftspolitik) so schwere Leiden und böse Tage über unser Land gebracht hat, wird nicht bloß von der Nachwelt verurtheilt werden, sondern er ist schon gerichtet.«

Vornehmlich ist in dem Aufrufe Alles vermieden worden, was an den Widerstand der liberalen Partei gegen die wirthschaftliche Reform erinnern könnte; — und doch bildet diese Reform den Ausgangspunkt und die Grundlage der gesamten politischen Lage, und die Parteien können eine bestimmte Stellung zu den Aufgaben der nächsten Zeit nur im Zusammenhange jener großen Fragen nehmen.

Die nationalliberale Partei selbst hatte von vorn herein klar erkannt und unumwunden ausgesprochen, daß dies ebenso für den Landtag wie für den Reichstag gelte: beim Beginn der Wahlbewegung schrieb ihr Berliner Organ: »Noch haben im preussischen Abgeordnetenhaus die Liberalen die Majorität besessen; wenn es nur gelingt, den bisherigen Besitzstand aufrecht zu erhalten, so wird weiteren Erfolgen der neuen Aera im Reichstage ein fester Damm entgegengesetzt. Das Reich und der größte Bundesstaat Preußen können füglich nicht nach zwei verschiedenen Systemen regiert werden.« Das Blatt rechnete damals zu Gunsten liberaler Wahlen auf